

WETTBEWERB UND ORDNUNG

Gisela Kubon-Gilke & Frank Weiler

1. Einleitung

Die Vorstellung, daß trotz eigennützigem Verhalten einer Vielzahl von Individuen eine gesellschaftliche Ordnung entstehen kann, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt, liegt der Metapher von der „unsichtbaren Hand“ zugrunde. Viele ökonomische Argumentationen beruhen explizit oder implizit auf dieser Vorstellung. Der Mechanismus, der individuelles Handeln zu einer solchen „guten“ Ordnung führt, wird dabei im Wettbewerb gesehen.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, das Verhältnis von Wettbewerb und Ordnung aus ökonomischer Sicht darzustellen und die Wirkungsweise der „unsichtbaren Hand“ kritisch zu hinterfragen. Der Aufsatz ist wie folgt strukturiert: Die Abschnitte 2 und 3 illustrieren die traditionelle ökonomische Sichtweise, nach der Wettbewerb „gute“ Ordnungen induziert. Abschnitt 4 belegt, daß für dieses Ergebnis jedoch eine „Wettbewerbsordnung“ vorausgesetzt werden muß. Die Abschnitte 5 und 6 gehen der Frage nach, inwieweit eine derartige „Wettbewerbsordnung“ selbst auf Wettbewerbsprozesse zurückgeführt werden kann. Abschnitt 7 zeigt auf, daß gestaltpsychologische Überlegungen zu einer neuen Sichtweise bezüglich des Zusammenhangs von Wettbewerb und Ordnung führen können. Abschnitt 8 erläutert mögliche wirtschaftspolitische Konsequenzen dieser neuen Sichtweise.

2. Wohlfahrtspotential und allgemeine Wohlfahrt

Mit dem im Jahre 1776 veröffentlichten Werk „Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes“ legte Adam SMITH (1723-1790) den Grundstein für die Nationalökonomie, oder Volkswirtschaftslehre, als eigenständige wissenschaftliche Disziplin. SMITH sah in der Nutzung von Arbeitsteilungsmöglichkeiten die Ursache für eine kontinuierliche Zunahme an Wohlfahrt. Arbeitsteilung in Verbindung mit dem Einsatz spezialisierter Maschinen führe zu einer Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft, und damit auch der Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft, um

ein Vielfaches.¹ Die „industrielle Revolution“ kann so als eine *Vergrößerung des wirtschaftlichen Potentials* durch Arbeitsteilung und Mechanisierung bzw. Industrialisierung verstanden werden.

Welche gesellschaftliche Organisation führt nun aber zu einer effektiven Nutzung dieses wirtschaftlichen Potentials? Auch auf diese Frage gibt Adam SMITH eine Antwort. Am Beispiel einer Person, die eine gute Anlage für ihr Kapital sucht, führt SMITH aus, wie individuelles Gewinnstreben sich in eine allgemeine Wohlfahrtssteigerung übersetzen kann:

„Allerdings strebt [...] [der Kapitalanleger] in der Regel nicht danach, das allgemeine Wohl zu fördern, und weiß auch nicht, um wieviel er es fördert. [...] [Er] verfolgt [...] lediglich seinen eigenen Gewinn und wird in diesen wie in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, einen Zweck zu fördern, den er in keiner Weise beabsichtigt hatte. Auch ist es nicht eben ein Unglück für die Gesellschaft, daß dies nicht der Fall war. Verfolgt er sein eigenes Interesse, so fördert er das der Gesellschaft weit wirksamer, als wenn er dies wirklich zu fördern beabsichtigt.“ (SMITH 1923, S. 235 f.)

VAUGHN (1987, S. 998) unterscheidet drei Teilaussagen innerhalb der Metapher der „unsichtbaren Hand“: 1. Von menschlichen Handlungen gehen unintendierte bzw. unvorhergesehene Wirkungen aus. 2. Die unabhängigen Handlungen einer Vielzahl von Individuen führen unter gewissen Rahmenbedingungen zu einer „Ordnung“, d. h., es entsteht eine Struktur, die für Menschen als solche erkenntlich ist und als das Ergebnis eines „intelligenten Planers“ erscheint. 3. Die so entstandene Ordnung wird von den an ihr beteiligten Individuen als wünschenswert erachtet.

Die erste dieser drei Teilaussagen dürfte unstrittig sein. Anders sieht es jedoch mit den anderen beiden Teilaussagen aus. Während Vertreter des wirtschaftlichen Liberalismus im Wettbewerb zwischen den Individuen den Mechanismus zu erkennen vermeinen, der anfänglich ungeordnetes Handeln in eine (spontane) „gute“ Ordnung überführt, die als das Ergebnis eines (bewußten) Ordnungsprozesses erscheint, bezweifeln Kritiker dieser Auffassung, daß Wettbewerb zu einer solchen „guten Ordnung“ führen muß, und fordern alternative Ordnungsprozesse. Deutlich formuliert es Friedrich ENGELS 1847 in den „Grundsätzen des Kommunismus“, einer Art Vorstudie für das „Kommunistische Manifest“:

„Die große Industrie schuf in der Dampfmaschine und den übrigen Maschinen die Mittel, die industrielle Produktion in kurzer Zeit und mit wenig Kosten ins Unendliche zu vermehren. Die aus dieser großen Industrie notwendig hervorgehende freie Konkurrenz nahm bei dieser Leichtigkeit der Produktion sehr bald einen äußerst heftigen Charakter an; eine Menge Kapitalisten warfen sich auf die Industrie, und in kurzer Zeit wurde mehr produziert, als gebraucht werden konnte. Die Folge davon war, daß die fabrizierten Waren nicht verkauft werden konnten und daß eine sogenannte Handelskrise eintrat. Die Fabriken mußten stillstehen, die Fabrikanten

¹ Vgl. SMITH (1923), Erstes Buch, 1. Kapitel.

machten Bankrott, und die Arbeiter kamen außer Brot. Das größte Elend trat überall ein. Nach einiger Zeit waren die überflüssigen Produkte verkauft, die Fabriken fingen wieder an zu arbeiten, der Lohn stieg, und allmählich gingen die Geschäfte wieder besser als je. Aber nicht lange, so waren wieder zuviel Waren produziert, und eine neue Krisis trat ein, die gerade wieder denselben Verlauf nahm wie die vorige.“ [...] (ENGELS 1847, S. 369)

„[D]ie große Industrie und die durch sie möglich gemachte Ausdehnung der Produktion ins Unendliche [machen] einen Zustand der Gesellschaft möglich [...], in welchem so viel von allen Lebensbedürfnissen produziert wird, daß jedes Mitglied der Gesellschaft dadurch in den Stand gesetzt wird, alle seine Kräfte und Anlagen in vollständiger Freiheit zu entwickeln und zu betätigen. So daß also gerade diejenige Eigenschaft der großen Industrie, welche in der heutigen Gesellschaft alles Elend und alle Handelskrisen erzeugt, gerade dieselbe ist, welche unter einer anderen gesellschaftlichen Organisation eben dies Elend und diese unglückbereitenden Schwankungen vernichten wird.“ (ENGELS 1847, S. 370)

ENGELS konstatiert ein sehr großes wirtschaftliches Potential. Im Gegensatz zu SMITH gibt es für ihn jedoch keine „unsichtbare Hand“, die dieses Potential in eine „gute Ordnung“ überführt. Vielmehr geht ENGELS davon aus, daß immer wieder Krisen, Elend und Leid entstehen. Deshalb fordert er eine „andere gesellschaftliche Organisation“, gemeint ist wohl eine direkte Planung und Steuerung der Produktion.

Die folgenden Abschnitte dieses Aufsatzes setzen sich systematisch mit dem Verhältnis von Wettbewerb und Ordnung auseinander. Als Ausgangspunkt dient dabei die auf SMITH zurückgehende und von der traditionellen Wirtschaftstheorie weiterentwickelte Vorstellung der dezentralen Koordination durch Wettbewerb.

3. Ordnung als Folge von Wettbewerb

Die traditionelle Wirtschaftstheorie beschäftigt sich mit der Koordination von Wirtschaftseinheiten, Unternehmen und Haushalten, durch Märkte. Dabei wird davon ausgegangen, daß Unternehmen Güter² produzieren und Haushalte Güter konsumieren. Ein Unternehmen bietet ein bestimmtes Gut an, wenn der am Markt erzielbare Preis für das Gut die Produktionskosten mindestens deckt. Andernfalls würde das Unternehmen Verluste machen und könnte langfristig nicht bestehen. Die Haushalte kaufen das Gut bei demjenigen Unternehmen, das es am preisgünstigsten anbietet, sofern ihre Zahlungsbereitschaft diesen Preis überschreitet. Gibt es also mehrere Unternehmen, die ein Gut anbieten, so ist jedes einzelne Unternehmen durch die Existenz der anderen in seinem Handlungsspielraum begrenzt. Setzt es den

² Der Begriff „Güter“ wird hier sehr weit gefaßt, so daß auch Dienstleistungen darunter fallen.

Preis für das von ihm angebotene Gut zu hoch an, so findet es keine Abnehmer, da die Haushalte bei einem anderen Anbieter kaufen werden.

Wettbewerb verringert nun die Spanne zwischen maximalem und minimalem Preis, den ein Unternehmen für ein Gut erzielen kann: Liegt der Marktpreis nämlich oberhalb des minimalen Preises, d. h. oberhalb der Produktionskosten, so entsteht ein Profit. Dieser Profit lockt nun weitere Produzenten an. Die produzierte Menge steigt. Damit diese Menge abgesetzt werden kann, muß der Preis fallen. Dabei kann der Preis auf Dauer jedoch nicht tiefer fallen als bis zu den minimalen durchschnittlichen Produktionskosten. Stellt sich ein (langfristiges) Marktgleichgewicht ein, d. h., bildet sich ein Preis, bei dem die von den Unternehmen angebotene Gütermenge gerade der von den Haushalten nachgefragten Menge entspricht, und sind die Profite dabei so niedrig, daß keine weiteren Unternehmen in den Markt gelockt werden, so entspricht der Preis gerade den minimalen Durchschnittskosten der Produktion. Wettbewerb führt in diesem einfachen Modell zu Ordnung, d. h. zu einem (relativ) stabilen einheitlichen Marktpreis und zu einer bestimmten Anzahl von Anbietern, die bestimmte Mengen des Gutes produzieren. Diese Ordnung wird von den Individuen nicht direkt intendiert. Letztlich profitieren jedoch alle davon, da zu minimalen Kosten produziert wird.

Die gerade skizzierte Überlegung bezüglich eines einzelnen Gütermarktes läßt sich verallgemeinern: auf viele Gütermärkte, auf Kapital- und Arbeitsmärkte, auf die Entstehung von Berufen und Ausbildung, auf die räumliche Anordnung, beispielsweise von Produktionsstätten, und sogar auf die Entstehung von Organisationsformen und Institutionen.

Geht man von der Existenz einer Vielzahl von Gütermärkten aus, so stellt sich die Frage, wieviel von den einzelnen Gütern produziert werden sollte. Auch hier führt Wettbewerb zu einer „guten Ordnung“: Werden auf einem Markt weniger Güter hergestellt als nachgefragt, so herrscht eine Übernachfrage und die Preise und Profite werden dort steigen. Profite locken zusätzliche Unternehmen an, so daß langfristig die angebotene Menge steigt und die Preise wieder sinken. Analog verhält es sich bei einem Überangebot. Preise und Profite fallen, Unternehmen scheiden aus, die angebotene Menge sinkt.

Entsprechendes gilt für den Kapitalmarkt. Haushalte verzichten auf direkten Konsum und stellen diesen Konsumverzicht, in Form von Ersparnis, den Unternehmen zur Verfügung. Unternehmen wandeln diese Ersparnis in Investitionen um. Der Preis für den Konsumverzicht ist der Zins. Steht den Unternehmen zuwenig Ersparnis zur Verfügung, d. h., herrscht auf dem Kapitalmarkt eine Übernachfrage nach Kapital, so wird der Zins durch den Wettbewerb um die angebotene Ersparnis steigen. Mit steigendem Zins hören bestimmte unternehmerische Investitionsprojekte auf, rentabel zu sein. Wettbewerb sorgt also dafür, daß die rentabelsten Investitionsprojekte zu Gunsten der weniger rentablen zum Zuge kommen. Möglicherweise ermun-

tert ein gestiegener Zinssatz die Haushalte gleichzeitig, mehr Ersparnis zu bilden. Wettbewerb führt wiederum zu einer „guten Ordnung“, bei der gerade soviel investiert wie gespart wird und gleichzeitig die individuell wie gesamtwirtschaftlich rentabelsten Investitionsprojekte getätigt werden.

Auch der Arbeitsmarkt funktioniert auf diese Weise. Werden von den Haushalten mehr Arbeitsleistungen angeboten als von den Unternehmen nachgefragt, so führt der Wettbewerb um Arbeitsplätze solange zu einem Sinken des Lohnes, bis ein Marktgleichgewicht erreicht ist. Herrscht eine Übernachfrage nach Arbeitsleistungen, so treibt der Wettbewerb um Arbeitskräfte den Lohn entsprechend in die Höhe. Nicht nur das Niveau sondern auch die Struktur der Beschäftigung kann als Ergebnis der „unsichtbaren Hand“ interpretiert werden. Werden in einem bestimmten Beruf, aufgrund einer akuten Übernachfrage, überdurchschnittliche Löhne gezahlt, so lohnt es sich vor allem für Berufseinsteiger, verstärkt diese Berufe aufzusuchen und damit die Übernachfrage abzumildern. Erfordert ein Beruf mehr Ausbildung als ein anderer, so werden sich die unterschiedlichen Ausbildungskosten in einer entsprechenden Lohndifferenz zwischen den Berufen widerspiegeln. Anderenfalls bestünde aus Sicht der Anbieter von Arbeitsleistungen kein Anreiz, eine Ausbildung zu machen, es käme zu einer Knappheit an gut ausgebildeten Arbeitskräften, die Löhne stiegen und damit der Anreiz, die Kosten der Ausbildung auf sich zu nehmen. Das (langfristige) Ergebnis ist eine Lohnstruktur, die die Ausbildungskosten widerspiegelt.

In der „Idealwelt der Ökonomen“, formalisiert in der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, werden die obigen Überlegungen systematisch zusammengeführt. Das zentrale Ergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen: Wettbewerb führt mittels Preismechanismus zu einer Pareto-optimalen Allokation, d. h., die in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen (Produktionsfaktoren) werden so für die Produktion der unterschiedlichen Güter eingesetzt, daß es unmöglich ist, irgendein Individuum der Volkswirtschaft besser zu stellen, ohne ein anderes schlechter stellen zu müssen.³ Wettbewerb führt somit zu einer „guten Ordnung“, einer Ordnung, bei der die Preise aller Güter den minimalen für ihre Produktion erforderlichen Kosten entsprechen und die Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden, wo sie ihre größte Produktivität entfalten.

Auch die Raumordnung, z. B. die räumliche Anordnung landwirtschaftlich genutzter Fläche um eine Stadt oder die räumliche Ordnung innerhalb von Städten, kann als Ergebnis von Wettbewerbsprozessen aufgefaßt werden.⁴

³ Zur Theorie des allgemeinen Gleichgewichts vergleiche bspw. VARIAN (1984, Kapitel 5).

⁴ Die erstmals 1826 veröffentlichte Standorttheorie von THÜNEN liefert ein klassisches, MUTH (1969) ein neueres Beispiel für eine ökonomische Erklärung räumlicher Strukturen. (Zur Standorttheorie von THÜNEN vgl. SAMUELSON 1983, S. 1468 ff.).

Bodenpreise und Mieten sinken i. d. R. mit steigender Entfernung zu Balungszentren, was mit der Minimierung von Transportkosten erklärt werden kann: Diejenigen Unternehmen oder Individuen, für die Transportkosten eine wichtige Rolle spielen, werden die höchsten Preise für zentral gelegene Grundstücke oder Räumlichkeiten zu zahlen bereit sein, wohingegen Unternehmen oder Individuen, für die Transportkosten eine geringe Bedeutung haben, auf weniger zentrale, dafür aber billigere Flächen ausweichen werden. Wiederum führt Wettbewerb, Wettbewerb um unterschiedliche Flächen, zu einer „guten Ordnung“, nämlich zu einer räumlichen Anordnung von Unternehmen und Haushalten, bei der die Transportkosten minimal sind.

Eine ähnliche Rolle wie Transportkosten bei der ökonomischen Erklärung von Raumordnung spielen „Transaktionskosten“ oder „Koordinationskosten“ in der neueren Theorie der Unternehmung und in der Neuen Institutionenökonomik. Diese Theorien versuchen, unterschiedliche Organisationsformen (z. B. Markt versus Unternehmen) und unterschiedliche gesellschaftliche Institutionen als Ergebnis von „koordinationskostenminimierendem“ Wettbewerb zu verstehen.⁵ In diesem Zusammenhang sei auch auf ökonomische Erklärungsversuche gesellschaftlicher Institutionen wie Ehe und Familie, Freundschaft u.s.w. verwiesen.⁶ Stets führt Wettbewerb zu einer „guten“, d. h. kostenminimierenden, Ordnung.

Auch in der Evolutorischen Ökonomik führt Wettbewerb zu Ordnung. Wenngleich sich viele Vertreter dieser ökonomischen Richtung stark von der traditionellen Ökonomie distanzieren und die „Erzeugung und Ausbreitung von Neuigkeit“ (WITT 1994, S. 503) in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen, so bildet Wettbewerb in der Evolutorischen Ökonomik den Selektionsmechanismus, der aus der Vielzahl des Neuen dasjenige selektiert, das neuer Bestandteil der ökonomischen Ordnung sein wird. Wettbewerb führt aus dieser Perspektive nicht, wie in der „Idealwelt der Ökonomen“, zu einem (langfristigen) Gleichgewicht, bei dem die Produktion aller Güter im *Kostenminimum* erfolgt. Wettbewerb wirkt aber insofern ähnlich, als er „schwache“ Produkte und Produzenten aus dem Markt verdrängt.

4. „Wettbewerbsordnung“ und Wettbewerb

Im vorigen Abschnitt wurde die „Idealwelt der Ökonomen“ skizziert, eine Welt, in der Wettbewerb zu einer „guten Ordnung“, nämlich zum optimalen Einsatz aller Ressourcen (oder Produktionsfaktoren) einer Volkswirtschaft

⁵ Eine ausführliche Darstellung und Kritik der neueren Theorie der Unternehmung sowie der Neuen Institutionenökonomik liefert KUBON-GILKE (1995).

⁶ Vgl. bspw. BECKER (1982) sowie MCKENZIE & TULLOCK (1984).

bei der

Herstellung von Gütern führt.⁷ Wettbewerb führt auf jedem Markt zu einer Minimierung der Produktionskosten, ein Ergebnis, das selbst von einem „intelligenten Planer“ (VAUGHN, vgl. Abschnitt 2) nicht verbessert werden könnte. Nun wird dieses Ergebnis tatsächlich nur in der „Idealwelt“, d. h. unter sehr restriktiven Voraussetzungen erreicht. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so treten Probleme auf.⁸ Zwei Problemfelder sollen hier näher erörtert werden.

Das erste Problemfeld betrifft die Existenz und Dauerhaftigkeit von Wettbewerb. Wettbewerb beruht auf einer bestimmten „Wettbewerbsordnung“, für die Walter EUCKEN (1959, S. 160 ff.) sechs „konstituierende Prinzipien“ benennt: Geldwertstabilität, freier Marktzutritt, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung sowie die „Konstanz der Wirtschaftspolitik“. Nur wenn diese Prinzipien erfüllt seien, könne Wettbewerb zu einer „guten Ordnung“ führen. Im Zusammenhang mit dem Privateigentum schreibt EUCKEN beispielsweise:

„Nur im Rahmen der Wettbewerbsordnung gilt der vielgenannte Satz, daß Privateigentum nicht nur dem Eigentümer, sondern auch dem Nichteigentümer Nutzen bringe. Das tut es in der Tat durch die große ökonomische Effizienz der Wettbe-

⁷ Auch in anderen Ansätzen werden spontane Ordnungen thematisiert. Die Gestalttheorie basiert z. B. ganz wesentlich auf der Idee eines Selbstorganisationsprozesses. Die Ähnlichkeit zu synergetischen Ideen kommt z. B. wie folgt zum Ausdruck (METZGER 1963, S. 209 f.).

„Es gibt - neben anderen - auch Arten des Geschehens, die, frei sich selbst überlassen, einer ihnen selbst gemäßen Ordnung fähig sind. Frei sich selbst überlassenes Geschehen führt darum nicht ausnahmslos zu schlechterer, sondern kann - und zwar nicht nur in Zufallshäufigkeit und -dauer - unter Umständen auch zu besserer Ordnung führen. Ordnung kann unter Umständen von selbst - ohne das äußere Eingreifen eines ordnenden Geistes - *entstehen*. Sie kann sich unter *denselben* Umständen auch ohne den Zwang starrer Vorrichtungen *erhalten*. Sie kann - ja muß -, sofern sie nicht auf starren Vorrichtungen beruht, sich unter *veränderten* Umständen ohne besonderen Eingriff (ohne die Umschaltungen der Mechanisten und ohne die Verkehrsschutzmänner der Vitalisten) *ändern*. Ähnlich kann solche Ordnung wegen des Mangels an starren und daher auch schützenden Vorrichtungen zwar leichter gestört werden, aber sie kann sich - und das begründet ihre ungeheure Überlegenheit über jede Zwangsordnung - nach Aufhebung der Störung grundsätzlich auch ohne weiteres *wiederherstellen*“ [...]

Die Vorstellung einer natürlichen Ordnung wird u. a. anhand der Wahrnehmung, des Gedächtnisses, aber auch bei gesellschaftlichen Gegebenheiten untersucht.

⁸ In diesem Zusammenhang wird häufig von „Marktversagen“ gesprochen. Eine Typologisierung unterschiedlicher Formen des Marktversagens liefern z. B. AHRNS & FESER (1987, S. 13 ff.) sowie LUCKENBACH (1994, S. 45 ff.). „Distributives Marktversagen“ liegt vor, „wenn man die sich aus den Koordinationsvorgängen auf den Faktormärkten ergebende leistungsbezogene Verteilungssituation als gesellschaftspolitisch suboptimal betrachtet“ (LUCKENBACH 1994, S. 50). „Konjunkturelles Marktversagen“ ist gegeben, wenn Wettbewerb, wie ENGELS in der in Abschnitt 2 zitierten Passage eindrücklich schildert, nicht die Vollbeschäftigung der Ressourcen einer Volkswirtschaft sicherstellen kann. Dieser Abschnitt beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf Probleme „allokativen Marktversagens“: Wettbewerbsbeschränkungen und Externalitäten.

werbsordnung und dadurch, daß die verschiedenen Privateigentümer miteinander konkurrieren, die Arbeitsuchenden mehrere Chancen vor sich sehen und nicht etwa einseitig abhängig sind.

Wie also Privateigentum an Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt.“ (EUCKEN, 1959, S. 169, Hervorhebung im Original)

Am Beispiel der Vertragsfreiheit läßt sich besonders deutlich aufzeigen, inwieweit eine der Grundlagen der EUCKENschen Wettbewerbsordnung gleichzeitig die Gefahr der Zerstörung dieser Ordnung in sich birgt:

„Vertragsfreiheit ist offensichtlich eine Voraussetzung für das Zustandekommen der Konkurrenz. Wenn die einzelnen Haushalte und Betriebe nicht selbst wählen, nicht die Möglichkeiten prüfen und danach Verträge abschließen können, wenn sie nur Befehle durchführen oder Zuteilungen in Empfang nehmen, kann Konkurrenz nicht entstehen. - Aber Vertragsfreiheit hat auch dazu gedient, um Konkurrenz zu beseitigen, um monopolistische Positionen herzustellen oder auch um sie zu sichern und auszunutzen. Leiter von Monopolen berufen sich oft auf die rechtlich garantierte Vertragsfreiheit und auf die Befugnisse, die sie ihnen gewährt.“ (EUCKEN, 1959, S. 170)

Eine „Wettbewerbsordnung“ darf sich daher nicht allein mit der Garantie von Vertragsfreiheit begnügen, sie muß gleichzeitig regeln, welche Arten von Verträgen und Abmachungen darunter fallen. Das in der Bundesrepublik Deutschland 1957 verabschiedete und in den folgenden Jahrzehnten mehrfach novellierte *Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen* (GWB) zielt in diese Richtung.⁹

Das zweite Problemfeld betrifft die Frage, ob Wettbewerb überhaupt zwangsläufig zu einer „guten“ Ordnung führt. Ein Problem tritt im Zusammenhang mit sogenannten „externen Effekten“ oder „Externalitäten“ auf. Gibt es nämlich eine Diskrepanz zwischen privaten (unternehmerischen) und gesellschaftlichen Kosten, dann führt Wettbewerb zwar zu einer Minimierung der privaten, nicht aber aller gesellschaftlich relevanten Kosten. Ein typisches Beispiel ist die Umweltproblematik: Entstehen den Unternehmen keine Kosten aus der Inanspruchnahme der Umwelt (z. B. Luft- und Wasserverunreinigung), so führt Wettbewerb zwischen Unternehmen aus gesellschaftlicher Sicht zu einer Überproduktion an Umweltverschmutzung. Die Unternehmen generieren negative Umweltexternalitäten. Wettbewerb führt nur dann zu einer „guten Ordnung“, wenn derartige Externalitäten „internalisiert“ sind, d. h., wenn z. B. durch steuerliche oder andere Rahmenbedingungen (Umweltgesetzgebung oder Definition von Eigentumsrechten) auch die Umweltkosten in das private Kalkül eingehen. Dieses Beispiel macht erneut deutlich, wie wichtig der institutionelle Kontext, hier u. a. eine geeignete

⁹ Zum GWB vergleiche bspw. die Darstellung von AHRNS & FESER (1987, S. 65-86).

Umweltgesetzgebung, dafür sein kann, daß Wettbewerb zu einer „guten“ Ordnung führt.

Ein weiteres Problem entsteht, wenn Wettbewerb „unfair“ ist, d. h. Konkurrenten oder Kunden Schaden zuführt. Illustrativ ist das Beispiel indischer Reisverkäufer, die kleine Steine unter den Reis mischen, um dessen Gewicht und damit Verkaufswert zu erhöhen. Selbst wenn den Käufern hierdurch kein direkter Schaden zugefügt wird - die meisten Käufer kennen die Praxis und sortieren die Steinchen vor dem Abwiegen des Reises wieder heraus -, so besteht dennoch eine Ineffizienz: Das Aussortieren der Steine benötigt Zeit und verursacht so Kosten, die vermieden würden, falls die Reisverkäufer auf ihre Betrugsversuche verzichten würden. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen sogar eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen zum Schutz der Konsumenten gegen „unlauteren Wettbewerb“: „kein Anbieter soll sich durch Mängelbetrug, Übertölpelung oder Irreführung der Abnehmer, die auch im Anschwärzen von Mitanbietern bestehen kann, ungerechtfertigte Vorteile gegenüber seinen Konkurrenten verschaffen können.“¹⁰ Gesetze werden Praktiken wie die des Steinchenzumischens oder schlimmere Betrugsversuche nicht verhindern können, es sei denn, ihre Einhaltung wird kontrolliert und durchgesetzt. Das wiederum bedeutet zusätzliche Kosten. Verhalten sich die Anbieter jedoch spontan, d. h. ohne Kontrolle, „fair“, so entfallen derartige Kosten.¹¹

Damit Wettbewerb entsteht, fortbesteht und zu einer „guten“, d. h. gesellschaftlich erwünschten, Ordnung führt, ist ein geeignetes institutionelles Umfeld erforderlich, das Fairneß, Moral, Ethik u. v. a. m. einschließt. Die „unsichtbare Hand“ benötigt somit selbst eine geeignete Ordnung, um mittels Wettbewerb zu einer „guten Ordnung“ zu gelangen. Hierin besteht eine Zirkularität: Wettbewerb induziert einerseits Ordnung, setzt andererseits jedoch Ordnung voraus.

Da Wettbewerb nicht nur auf Märkten, zwischen Unternehmen und zwischen Haushalten, sondern auch zwischen Institutionen und möglicherweise auch Politiken besteht, stellt sich die Frage, ob *Wettbewerb im institutionellen Bereich* gerade diejenige Ordnung erzeugt, die dafür erforderlich ist, daß Wettbewerb auf Märkten eine „gute Ordnung“ hervorbringt. Wettbewerb findet auf verschiedenen Ebenen statt, deren Zusammenhang im folgenden näher beleuchtet werden soll.

¹⁰ MOLITOR (1992, S. 54). Hierzu zählt u. a. das 1909 verabschiedete *Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb* (UWG), vgl. MOLITOR (1992, S. 55).

¹¹ SCHLICHT (1984, S. 265) schreibt in diesem Zusammenhang: „If people observe the rules spontaneously, this saves control costs and increases economic efficiency thereby. Hence working morals, tax morals, business morals, and the spontaneous observation of property rights are important factors of economic efficiency“.

5. Voraussetzungen für eine „gute“ Ordnung

In den vorangegangenen Ausführungen wurde gezeigt, daß eine durch Wettbewerb generierte spontane ökonomische Ordnung nur unter bestimmten Voraussetzungen auch gesellschaftlich vorteilhafte Ergebnisse nach sich ziehen kann. Man kann dies auch so formulieren, daß es als Minimalanforderung für die Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ bereits eines geordneten Systems bedarf, damit der Wettbewerb innerhalb dieses Systems vorteilhafte *interne* Ordnungen hervorbringen kann.¹²

Wie im vorigen Abschnitt herausgestellt wurde, müssen als Grundvoraussetzungen für die Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ geeignete Formen von Eigentumsrechten definiert und akzeptiert werden. Zudem muß sichergestellt sein, daß gegenseitige Versprechungen im großen und ganzen eingehalten werden. Für den letzteren Punkt ist es wichtig, daß formale Verträge abgeschlossen und durchgesetzt werden können. Darüber hinaus muß auch eine bestimmte Moral in der Gesellschaft vorhanden sein, die zum einen sicherstellt, daß der Wettbewerb von Unternehmungen nicht über Sabotage und gegenseitige Behinderung stattfindet, und die zum anderen dafür sorgt, daß das Verhältnis von Kunden zu Lieferanten nicht durch ständige Betrugsversuche und die Notwendigkeit entsprechender Sicherungen der Transaktionen gekennzeichnet ist. Die reibungslose Abwicklung von Transaktionen hängt ganz wesentlich von entsprechenden Einstellungen der Individuen und von Moralregeln ab, wie es anhand des Reisverkäuferbeispiels bereits angedeutet wurde. Der Wettbewerb selbst muß, um vorteilhafte Ergebnisse generieren zu können, nach bestimmten Regeln ablaufen. Gibt es keine geeigneten sozialen Regeln, d. h., werden Eigentumsrechte nicht respektiert, werden Verträge nicht eingehalten oder aufgrund inkompatibler Verhandlungsansprüche erst gar nicht geschlossen, dann ist keineswegs sichergestellt, daß die „unsichtbare Hand“ wirksam werden kann. Allein wenn es nötig wäre, alle Transaktionen über Sanktionsdrohun-

¹² Dies ist bereits sehr früh von MANDEVILLE (1980 [1706]) gesehen worden, der in seiner Bienenfabel das „Unsichtbare Hand“-Argument SMITH's in gewisser Weise vorwegnimmt und betont, daß durch Luxus und Eigennutz unintendiert gesellschaftlich vorteilhafte Ergebnisse entstehen können. Gleichzeitig weist MANDEVILLE jedoch auf bestimmte notwendige Einschränkungen hin:

Stammt nicht des edlen Weines Saft
Von einem garstig dünnen Schaff?
Der, wenn man ihn nicht sorgsam pflegt,
Bloß nutzlos wuchert und nichts trägt.
Doch dessen Frucht uns Lust bereitet,
Wenn man ihn bindet und beschneidet.
Genauso uns das Laster nutzt,
Wenn das Gesetz es kappt und stutzt,[...].
(MANDEVILLE 1980 [1706], S. 92).

gen abzusichern, bedeutete dies, daß die Gesellschaft eine erhebliche Menge an Ressourcen dafür aufwenden müßte, die Transaktionen überhaupt erst zu ermöglichen. Durch die Sicherung muß die Gesellschaft auf einen Teil der vorteilhaften Ergebnisse einer dezentralen Koordination verzichten.

Gerade die am besten funktionierenden Märkte - wie Wertpapier- und Edelsteinmärkte - sind dadurch gekennzeichnet, daß sie stark reglementiert sind oder daß die Transaktionen auf einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen basieren und offensichtlich bestimmte Regeln kaufmännischer Moral den ökonomischen Beziehungen zugrunde liegen (vgl. KUBON-GILKE & SCHLICHT, 1993). Insbesondere die moralischen Voraussetzungen für die Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ verdeutlichen, daß diejenige Ordnung, die den Wettbewerb für „gute“ ökonomische Ergebnisse geeignet beschränken soll, nicht *nur* ein Problem einer geeigneten Rahmenfestlegung durch die Wirtschaftspolitik ist, wie es z. B. die obigen Ausführungen EUCKENs nahelegen. Vielmehr muß auch danach gefragt werden, inwieweit wettbewerbliche Selbstorganisationsprozesse für die *Regeln des Wettbewerbs* verantwortlich sind.

Die Frage nach der Entstehung von Konventionen, Moralregeln, Eigentumsrechten etc. wird in der ökonomischen Theorie häufig als ein spieltheoretisches Problem modelliert. Dabei werden Koordinations- und Konfliktprobleme unterschieden. Bei einem *Koordinationsproblem* hat man keine besonderen Schwierigkeiten, die Entstehung gesellschaftlich nützlicher Konventionen zu verstehen. Ein typisches Koordinationsproblem betrifft die Frage, ob und wie sich in einer Gesellschaft Straßenverkehrsregeln etablieren, ob z. B. Fahrzeuge die linke oder rechte Straßenseite benutzen. Hat sich erst einmal eine Konvention etabliert, so ist es im Interesse eines jeden Individuums, sich an die einmal gefundene Regel zu halten, da Abweichungen dem Individuum selbst schaden. Im Prinzip sind zu jedem Koordinationsproblem zunächst sehr viele geeignete Regeln denkbar. In dem Beispiel der Straßenverkehrsregel könnten folgende Lösungen gefunden werden, an die sich die Individuen auch jeweils im Eigeninteresse halten würden: immer rechts fahren, immer links fahren, montags bis mittwochs links und donnerstags bis sonntags rechts fahren, rechts oder links je nach Mondstand oder Witterungsverhältnissen etc. Die Koordinierung, d. h. die Herausbildung *einer* konkreten Regel, wird durch die Gestaltgesetze (Einfachheit, Klarheit usw.) erleichtert, da diese die Menge der möglichen Regeln auf prägnante Regeln einschränken.

Bei *Konfliktproblemen* verhält es sich mit den Anreizen zur Normeinhaltung anders. Konfliktprobleme sind gerade so strukturiert, daß Individuen davon profitieren können, sich nicht so zu verhalten, wie es für die Gesellschaft als ganze von Vorteil wäre. Die Einhaltung von Verträgen, die Respektierung von Eigentumsrechten und andere Voraussetzungen für die

Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ fallen in diese Kategorie. Ein typisches Problem ist in sehr einfacher Form in der unten aufgeführten Matrix skizziert.¹³ Dabei bedeutet Strategie 1, daß man sich an Absprachen hält, Eigentumsrechte respektiert oder bestimmte vereinbarte Ressourcennutzungen akzeptiert. Strategie 2 hingegen bezeichnet ein bestimmtes abweichendes Verhalten. Als Beispiel sei hier angenommen, es handele sich um das Problem der Ressourcennutzung. Zwei Individuen A und B steht eine bestimmte Ressource (z. B. Weidefläche für ihr Nutzvieh) zur Verfügung. Beide Individuen können nun diejenige Nutzung der Ressource wählen, die den gemeinsamen Gewinn maximiert (Strategie 1) oder aber die Ressource individuell stärker nutzen (Strategie 2). Insgesamt ergeben sich so vier mögliche Situationen mit unterschiedlichen Auszahlungen für A und B. In der nachfolgenden Matrix bezeichnet dabei die links des Schrägstrichs stehende Zahl die Auszahlung für B, die rechts des Schrägstrichs stehende Zahl bezeichnet die Auszahlung für A.

		A	
		Strategie 1	Strategie 2
B	Strategie 1	3 / 3	1 / 4
	Strategie 2	4 / 1	2 / 2

Die höchste gemeinsame Auszahlung erzielen die Individuen, wenn sie beide Strategie 1 wählen. Allerdings gibt es individuelle Anreize, davon abzuweichen. Wählt A Strategie 1, dann erhält B eine Auszahlung von 3, wenn er ebenfalls Strategie 1 wählt. Wählt B hingegen die zweite Strategie, so kann er eine Auszahlung von 4 erzielen (wobei A allerdings einen ganz erheblichen Verlust gegenüber dem ersten Fall erleidet). Wählt A die Strategie 2, so ist es für B ebenfalls besser, sich für die zweite Strategie zu entscheiden, da er dabei eine Auszahlung von 2 statt 1 erhält. Unabhängig von der Aktion des A ist es für B also besser, die Strategie 2 zu wählen. Man spricht in diesem Fall bei der Strategie 2 von einer *dominanten Strategie* für das Individuum B. Da die Argumentation analog auch für das Individuum A zutrifft, werden sich folglich beide Individuen, sofern sie an möglichst hohen individuellen Auszahlungen interessiert sind, dafür entscheiden, Strategie 2 zu wählen. Im Ergebnis stehen sowohl A als auch B schlechter da als im Fall der optimalen Ressourcennutzung, wenn beide die erste Strategie wählen.

¹³ Es handelt sich um ein Konfliktproblem vom Typ des „Gefangenendilemmas“, vgl. beispielsweise RASMUSEN (1989, S. 27-31).

Die Individuen sind mit einem gesellschaftlich unvorteilhaften Ergebnis ihrer individuellen Handlungen konfrontiert, und es wäre für beide gemeinsam besser, wenn es Regeln gäbe, die die Individuen dazu veranlaßten, Strategie 1 zu wählen. Jedoch nutzt ein einfaches Versprechen, Strategie 1 zu wählen, nichts, wenn die Individuen eigennützig handeln und es - wie im obigen Beispiel - einen individuellen Anreiz gibt, stets Strategie 2 zu wählen. Auch eine Nutzungsnorm, die vorschreibt, Strategie 1 zu wählen, kann das Problem nicht unbedingt beseitigen. Besitzen die Individuen nämlich Spielräume bei der Interpretation dieser Norm und paßt sich die Norm mit der Zeit an das tatsächliche Verhalten der Individuen an, so droht die Norm durch die individuelle Vorteilssuche zu erodieren (vgl. SCHLICHT, 1993).

In der ökonomischen Theorie setzt man bei der Lösung dieser Art von Probleme in erster Linie auf private Eigentumsrechte, da ein alleiniger Ressourceneigner aus Eigeninteresse eine optimale Nutzung der Ressource gewährleistet. Gäbe es entsprechende Eigentumsrechte und hielte sich jeder daran, dann käme man zu dem gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnis. Wie aber können private Eigentumsrechte entstehen? Unterstellt man, daß sich die Individuen strikt eigennützig verhalten, so gibt es ähnliche Probleme wie im obigen Beispiel. Zwar kann es gesellschaftlich optimal sein, wenn alle Individuen das Privateigentum der anderen Gesellschaftsmitglieder respektieren, für jedes einzelne Individuum gibt es jedoch Anreize, sich nicht an diese Regel zu halten. Auch zusätzliche formale Institutionen im Sinne von Sanktionsmechanismen helfen zur Erklärung von Eigentumsrechten nicht weiter. Das liegt daran, daß man im gängigen ökonomischen Analyserahmen nicht erklären kann, wie sich Kontroll- und Sanktionsmechanismen in einer Welt eigennütziger Individuen etablieren und stabilisieren können, da man für die Durchsetzung der Mechanismen selbst wieder Sanktionen braucht, auch diese Mechanismen durch Kontrolle und Sanktionen stabilisiert werden müßten etc. Das Problem scheint dann, wenn *Individuen* miteinander im Wettbewerb stehen, in einem infiniten Regress zu enden, bei dem man für jede Regel oder Institution eine weitere Institution zur Stabilisierung benötigt. Da dies auch jeweils Kosten verursacht, wird nicht ersichtlich, wie eine dezentrale Koordination überhaupt noch gesellschaftlich vorteilhafte Ergebnisse verursachen soll. Folgerichtig gelangt BOWLES (1991) zu der Ansicht, der Markt sei nicht in der Lage, die moralischen Voraussetzungen zu schaffen, die er zu seiner Vorteilhaftigkeit benötigt. SCHUMPETER (1976) spricht gar davon, daß der Markt solche Moralsysteme, sofern sie sich zuvor gebildet haben, wieder zerstört. Wendet man den in der ökonomischen Theorie vorherrschenden methodologischen Individualismus also konsequent auch auf die Herausbildung von Regeln und Institutionen an, die die Voraussetzung für die Wirksamkeit der „unsichtbaren Hand“ darstellen, dann bleibt nur ein sehr pessimistisches Fazit. Auf dieser Basis scheint es keinen Mechanismus zu geben, der gesellschaftlich

vorteilhafte Rahmenbedingungen generieren kann. Damit kann dann aber auch keine „gute“ interne Wettbewerbsordnung abgeleitet werden.¹⁴

Die Skepsis bezüglich der Fähigkeit des Wettbewerbs, sich selbst geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, wird jedoch nicht allgemein geteilt. Dabei wird u. a. darauf verwiesen, daß die Frage nach der „Güte“ der spontanen Ordnung wesentlich davon abhängt, ob Wettbewerb zwischen *Individuen* oder zwischen *Gruppen* stattfindet.

6. Soziale Regeln als spontane Ordnung

Die Idee, auch übergeordnete gesellschaftliche Regeln als Selbstorganisationsprozesse zu verstehen, wird u. a. auf MANDEVILLE (1980, [1706]) zurückgeführt. Genauso wie viele moderne Vertreter der Institutionenökonomik argumentiert MANDEVILLE allerdings sehr stark funktionalistisch, d. h., er schließt direkt von der gesellschaftlichen Vorteilhaftigkeit von Regeln auf deren Existenz.¹⁵ Während bei der „Unsichtbare Hand“-Erklärung dem Wettbewerb eine entscheidende Rolle für die spontane Ordnung zugeschrieben wird, fehlt bei den funktionalistischen Erklärungen ein Hinweis auf den *Mechanismus*, der die gesellschaftlich nützliche Ordnung generieren soll. Wenn man unterstellt, daß Individuen miteinander im Wettbewerb stehen und auch sonst keine Regeln den Wettbewerb selbst beschränken oder steuern, dann, so wurde argumentiert, ist nicht klar, wie der Wettbewerb eine „gute“ Rahmenordnung für ökonomische Prozesse generieren soll.

Eine alternative Sicht wird von HAYEK (1969) vertreten. Obwohl er sein Argument immer noch der „Zwillingsidee“ von Evolution (bzw. Wettbewerb) und spontaner Ordnung zuordnet, also auch der traditionellen „Unsichtbare Hand“-Sichtweise, wechselt HAYEK bei der Diskussion über die Evolution der grundlegenden Regeln einer Gesellschaft von dem Selektionsmechanismus, der an den Individuen ansetzt, häufig zu einem Gruppenevolutionsargument, d. h., er ist der Ansicht, Gruppen oder Gesellschaften stünden miteinander im Wettbewerb und es bildeten sich dadurch gesellschaftlich vorteilhafte Regeln. VANBERG (1994, S. 79 ff.) zeigt in einer sehr detaillierten Auseinandersetzung mit HAYEKs Arbeiten, daß dessen Argu-

¹⁴ Für ein Verständnis der Entstehung sozialer Regeln ist es erforderlich, die typischen Verhaltensannahme der individuellen Vorteilssuche kritisch zu hinterfragen. Vgl. KUBON-GILKE & SCHLICHT (1993) zu einer ausführlichen Diskussion des Problems der Eigentumsrechte. Dort wird argumentiert, daß das gestaltpsychologische Konzept der Gefordertheit einen guten Zugang zum Verständnis von Eigentumsrechten bieten kann.

¹⁵ Ganz ähnlich argumentiert z. B. DEMSETZ (1988) bei der Frage nach der Entstehung von Eigentumsrechten, wenn er ausführt, daß private Eigentumsrechte immer dann entstünden, wenn ihre gesellschaftlichen Vorteile größer als die Kosten ihrer Etablierung seien.

mentation durch ein häufiges, oft nicht nachvollziehbares Wechseln der Ebene des Wettbewerbs gekennzeichnet ist. Zum Teil spricht HAYEK davon, daß sich Regeln bildeten, die vorteilhaft für die Individuen seien, in anderen Passagen verweist er explizit darauf, daß soziale Gruppen die Ansatzpunkte der Evolution seien und sich solche Regeln bildeten, die für die Gesellschaft als ganze vorteilhaft seien. Diese Vorgehensweise ist sicherlich etwas problematisch, da nicht deutlich wird, warum in einem Fall Individuen und das andere Mal soziale Gruppen miteinander im Wettbewerb stehen sollen, und zwar gerade so, daß sich jeweils „gute“ Ordnungen herausbilden.

Aus dieser Kritik an HAYEK heraus vertritt VANBERG (1994, S. 102 f.) die Auffassung, daß die Frage, ob der Wettbewerb auch sozial vorteilhafte Regeln hervorbringen könne, analytisch letztlich genauso wie die traditionelle „Unsichtbare Hand“-Problematik betrachtet werden müsse. Wenn die Vorteilhaftigkeit von Märkten z. B. als Evolution *innerhalb* eines Regelsystems verstanden werden könne, dann bedeute dies ganz analog für die Evolution sozialer Regeln:

„[...] whether what survives and what is desirable coincide will here, no less than in the case of ordinary market competition, depend on contingent circumstances. It will depend on whether conditions prevail that harness or constrain the process of cultural evolution in a fashion that makes it responsive to the interests and preferences of the persons involved.“ (VANBERG 1994, 103).

Die Frage ist bei solchen Formulierungen nur, welche Restriktionen oder *contingent circumstances* im Wettbewerbs- bzw. Evolutionsprozeß überhaupt entstehen können, die dann den Wettbewerb wiederum so „begrenzen“, daß gerade die gesellschaftlich vorteilhaften Regeln überleben. Mit den typisch ökonomischen Annahmen über menschliche Verhaltensweisen und ohne irgendwelche Einschränkungen im Prozeß von Variation und Auslese ist nicht zu erkennen, welche Kräfte es verhindern können sollen, daß sich auf Dauer gerade solche Regeln etablieren, die zwar mit individuellem Vorteilsstreben kompatibel, nicht aber gesellschaftlich erwünscht sind. Wenn man jedoch beachtet, daß die Evolution (bzw. der Wettbewerb) kein willkürlicher Variations- und Ausleseprozeß ist, sondern entscheidend von Zusammenhängen bestimmt wird, die insbesondere in der Gestalttheorie eine wesentliche Rolle spielen, kann man zu einer anderen Einschätzung gelangen, wie im nächsten Abschnitt aufgezeigt wird.

7. Variation und Auslese

In vielen Evolutions- und Wettbewerbsmodellen werden Variationen als zufällig angesehen. Nach dieser Sichtweise bilden sich irgendwelche Mutationen, und der Wettbewerb selektiert dann die Ausprägungen, die sich als überlegen erweisen. WAGNER (1986, S. 121) spricht von „zufälligen Fehlern“, die aus dieser Sicht das Rohmaterial der Evolution lieferten. Er zeigt, daß ein solches Evolutionsmodell einige Probleme aufwirft, die Entwicklung komplexer Organismen zu verstehen. Ähnliche Probleme gibt es, die Entstehung des komplexen gesellschaftlichen Regelgefüges aus der „Zufalls-idee“ bei Variationen heraus zu verstehen. Wenn man sich zunächst einmal auf die biologischen Probleme beschränkt, dann ist nicht nur von Kritikern des Neodarwinismus danach gefragt worden, ob solche zufälligen Variationen überhaupt „Verbesserungen“ generieren können. WAGNER (1986, S. 122) führt dazu aus:

„Es ist undenkbar, so wird manchmal argumentiert, daß so wunderbare Wesen wie Insekten und Säugetiere aus zufälligen richtungslosen Mutationen hervorgegangen sein sollen, ebenso wie es undenkbar ist, daß ein Goethe-Gedicht durch einen Druckfehler schöner wird. Ein Pantheon wird schließlich nicht durch Steinwürfe errichtet!“

Diese Vergleiche sind sicherlich etwas polemisch formuliert, aber sie weisen auf ein prinzipielles Problem bei der Annahme zufälliger Variationen hin. Angenommen, ein Organismus oder ein Regelsystem an irgendeinem Punkt der Evolutionsgeschichte ist gegeben. Welche Chancen haben dann zufällige Mutationen? Der Wettbewerb ist kurzsichtig, d. h., er setzt an den aktuell vorhandenen Mutanten an. Diese werden - als eine Art „Druckfehler“ - im Wettbewerb häufig nicht überleben, obwohl sie u. U. nach längerer Zeit und weiteren Mutationen Vorteile gegenüber dem status quo aufweisen könnten. Solange sich nicht *gleichzeitig mehrere Größen in eine bestimmte Richtung ändern*, werden Mutanten im Wettbewerb kaum Chancen haben.

Das Problem zeigt sich recht deutlich an dem ernsthaft unternommenen Versuch, Computerprogramme durch zufällige Veränderungen und anschließende Selektion zu verbessern. Dieser Versuch scheiterte: Zufällige (auch *viele* zufällige) Programmvariationen konnten in keinsten Weise Verbesserungen generieren (vgl. EDEN, 1967).

Wenn man sich anschaulich die Fitneß, um die es in biologischen Evolutionsmodellen geht, als ein Gebirge vorstellt und die Vermutung hat, daß die Evolution in immer höhere Regionen dieses Fitneßgebirges führt, dann ist das u. a. nur mit einer geeigneten Mutationsschrittweite möglich.¹⁶ Bei sehr kleiner Schrittweite kommt man - bildlich gesprochen - im Fitneßgebirge nicht voran, bei großen Mutationsschritten gibt es zwei Probleme, da eine Fitneßlandschaft i. d. R. nicht sukzessive ansteigt. Zum einen kann es pas-

¹⁶ Vgl. dazu WAGNER (1986, S. 129). Als Mutationsschrittweite versteht man den mittleren phänomenologischen Effekt einer Mutation.

sieren, daß Mutationen „über das Ziel hinausschießen“, wenn die ursprüngliche Position schon relativ nah an einem Gipfel des Fitneßgebirges lag. Ein zweites Problem kann dadurch auftreten, daß es eine Art Gratwanderung zwischen den Gipfeln des Fitneßgebirges geben kann und große Mutationschritte leicht dazu führen können, daß der Grat verlassen wird und - wiederum bildlich gesprochen - ein Absturz erfolgt. Warum die Evolution so häufig als eine Gratwanderung beschrieben werden kann, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, warum es häufig korrelierte Mutationen geben muß, damit eine Verbesserung erreicht werden kann.

„Ein Beispiel für funktionell gekoppelte Merkmale ist [...] das Körpergewicht und die respiratorische Oberfläche [...]. Je größer die Biomasse des Tieres ist, desto größer ist auch sein absoluter Sauerstoffbedarf. Entsprechend muß auch seine respiratorische Oberfläche mit der Körpergröße wachsen. Jede Abweichung vom optimalen Verhältnis von Körpergewicht zu respiratorischer Oberfläche führt zu einer Verminderung der Lebensfähigkeit des Organismus. Das führt dazu, daß die Fitneßlandschaft funktionell gekoppelter Merkmale wie ein Grat in einem Gebirge aussieht. Die Fitneß steigt entlang dieser Linie an, die z. B. das optimale Körpergewichts-Oberflächen-Verhältnis markiert; in beide Richtungen quer zu dieser Linie fällt die Fitneß stark ab.“ (WAGNER, 1986, S. 131 - 132).

Zufällige Mutationen wie die in dem Computerprogramm sind in einer derart zerklüfteten Fitneßlandschaft „extrem absturzgefährdet“. Damit die Evolution bzw. der Wettbewerb überhaupt zu Verbesserungen führen kann, bedarf es deshalb einer bestimmten *Richtung der Variation* (d. h. auch bestimmter korrelierter Variationen) sowie einer bestimmten Mutationsschrittweite. Bei der Frage, ob und welche *nichtzufälligen* Variationen entstehen, ist es interessant, die Wettbewerbsidee mit einigen gestalttheoretischen Gedanken zu Variation und Auslese zu kombinieren. Dabei soll nachfolgend nicht mehr allein das allgemeine Problem der Wettbewerbssicht im Vordergrund stehen, sondern wieder mehr das spezielle Problem der Entstehung sozialer Regeln als spontane Ordnung.

Ganz im Sinne VANBERG's kann eine Idee darüber entwickelt werden, wie Gestaltzusammenhänge und der Wettbewerb selbst *Schranken* generieren, die dafür verantwortlich sind, welche neuen Formen entstehen können und welche davon besondere Chancen haben, sich im Wettbewerb durchzusetzen. Die prinzipielle Vorstellung, Evolutionsprozesse ganz allgemein so zu interpretieren, daß in ihnen spezielle Schranken entstehen, die deshalb Bestand haben, weil sie sich unter bestimmten Umständen als vorteilhaft erwiesen haben, geht auf KÖHLER (1971) zurück. Er betont ganz besonders das Invarianzpostulat in der Evolution, wonach alle biologischen Tatsachen und Geschehnisse nach den Gesetzen verstanden werden müssen, die für Geschehnisse und Tatsachen in der unbelebten Natur gelten (vgl. dazu auch KUBON-GILKE 1993).

„Wenn die Gesetze, Kräfte und Elementarprozesse in der unbelebten Natur auch die der lebenden Systeme sein sollen, welche Veränderungen kann dann die Evolution hervorgerufen haben? Vom Standpunkt des Physikers, der hier auch der unsri-

ge sein muß, kann es nur eine Antwort auf diese Frage geben: auf dem Wege über Situationen zwischen Genen, über die daraus folgenden Veränderungen in morphogenetischen Entwicklungen und über entsprechendes selektives Verhalten der Umgebung muß die Evolution besondere anatomische Schranken eingeführt haben. Erinnern wir uns daran, daß Schranken selbst nicht dynamische Geschehnisse hervorbringen können; sie schließen nur bestimmte dynamische Komponenten aus, die ohne sie wirksam sein würden. Dies muß natürlich nicht nur für unbelebte Systeme zutreffen, sondern auch bei Organismen. Aber wenn in diesen die Ausschaltung bestimmter dynamischer Komponenten durch Schranken Wirkungsformen verursacht, die zu der Umgebung gerade besser passen, dann werden die so ausgestatteten Organismen länger überleben und sich daher stärker vermehren als andere, usw.“ (KÖHLER 1971, S. 62 - 63).

KÖHLER weist im Anschluß an diese Passage noch einmal explizit darauf hin, daß Prozesse in der Natur durch ihren eigenen Ablauf Schranken schaffen, wobei diese Schranken auch als direkte Ergebnisse dynamischer Abläufe entstehen könnten.¹⁷ Der Begriff der Schranke darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sichtweise, die dynamischen Prozessen und ihren Gleichgewichten eine besondere Rolle auch in der Evolution zuschreibt, einen Zugang zu einem Verständnis gerichteter Variationen erlaubt. Wenn bestimmte Schranken entstehen, dann *verläuft* die Dynamik etwas anders und kann in diesem Zusammenhang zu Veränderungen verschiedener Größen gleichzeitig führen, d. h., die neuen Schranken verursachen auch „neue“ Gleichgewichte bei den dynamischen Abläufen, die wiederum als gerichtete und korrelierte Mutationen interpretiert werden können.

Welche Schranken können sich nun speziell bei der Entstehung sozialer Regeln herausbilden, die eine Ordnung bedingen, die zumindest eine gewisse gesellschaftliche Vorteilhaftigkeit aufweist? Bei kultureller Evolution und Regel- und Institutionenwettbewerb werden ebenfalls Variation und Auslese thematisiert. Auch wenn es notwendig ist, etwas vorsichtig bei der Übertragung biologischer Vorgänge auf die Ebene der sozialen Regeln zu sein, können doch einige Analogien identifiziert werden, die insbesondere für die Frage gerichteter Variationen wichtig sind.

Eine erste Klasse von Wettbewerbsschranken bezüglich gesellschaftlicher Regeln wird unmittelbar durch die *Tendenz zur guten Gestalt* gesetzt. Soziale Regeln wie Eigentumsrechte oder Moralregeln müssen *gute Gestalt*

¹⁷ „Zum Beispiel werden in bestimmten Gleichrichtern durch einen elektrolytischen Strom an einer Elektrode bestimmte Chemikalien niedergeschlagen, die sofort mit dem Material dieser Elektrode reagieren und auf ihr eine Isolierschicht bilden. Auf diese Weise schafft der Strom selbst eine neue Schranke, die ihn dann zwingt, in einer anderen räumlichen Verteilung zu fließen. Ganz ähnlich kann ein physischer Prozeß, der z. B. in einem sich gerade entwickelnden Keim oder Embryo stattfindet, dort eine Schranke ausbilden, die dann denselben oder einen anderen Prozeß zwingt, einen etwas veränderten Ablauf zu nehmen. Solche biologischen Annahmen bleiben natürlich völlig vereinbar mit den Gesetzen der Physik.“ (KÖHLER 1991, S. 63).

ten sein und zudem auch prägnant in das gesamte Geflecht von Regeln und Konstrukten passen. Dies begrenzt zum einen die Menge potentieller Regeln und möglicher Variationen. Zum anderen macht das Prägnanzgesetz auch korrelierte Variationen verständlich, da eine spezielle Änderung auch auf anderen Ebenen Anpassungsprozesse hin zu einer neuen *guten Gestalt* auslösen kann. Dies kann analog zu den Gleichgewichtstendenzen bei physikalischen und chemischen Prozessen verstanden werden, die von den Schranken „kanalisiert“ werden.

Dabei ist z. B. auch zu beachten, daß Regeln und Institutionen Verhaltenswirkungen haben. Anders als es in der ökonomischen Analyse mit exogen gegebenen Präferenzen typischerweise angenommen wird, gehen Regeln und Institutionen mit bestimmten Einstellungen und Bewertungen z. B. über „richtiges“ und „falsches“ Verhalten einher, d. h., die Regel, die gewissen sozialen Situationen unterlegt wird, führt zu bestimmten *Gefordertheiten* (vgl. dazu WERTHEIMER 1991). Gute Gestalten entstehen zum einen aus der Struktur einer Situation selbst, die nach dem Prägnanzgesetz eine bestimmte Interpretation erfährt und bestimmte Gefordertheiten auslöst, zum anderen spielt auch die Wettbewerbsgeschichte eine Rolle. Dies sei nur anhand eines knappen Beispiels illustriert. MARSHALL (1927, S. 323) ist der Ansicht, daß moderne Unternehmensformen im 17. und 18. Jahrhundert noch nicht möglich gewesen seien, weil die allgemeine Arbeits- und Geschäftsmoral noch nicht so ausgeprägt gewesen sei, um Autorität und Verantwortlichkeit auf Manager und Arbeiter übertragen zu können. Zu der fraglichen Zeit herrschte sicherlich keine allgemeine Sittenlosigkeit, aber aufgrund des damals stabilisierten Institutionensystems, das selbst wieder aus Evolutions- und Gestaltzusammenhängen erklärt werden kann, entstanden noch nicht die „nützlichen“ Gefordertheiten, die die modernen Unternehmens- und Kooperationsformen erst vorteilhaft machen. Selbst wenn z. B. im Mittelalter oder etwas später moderne Unternehmungen hätten „gedacht“ werden können, hätten sie zur damaligen Zeit wegen der herrschenden Sichtweisen, Interpretationen und Gefordertheiten kaum Chancen gehabt, im Wettbewerb zu bestehen (was dadurch verstärkt worden wäre, daß auch der allgemeine und anonyme Tausch wegen ähnlicher Zusammenhänge noch nicht so entwickelt war, um den neuen Organisationsformen hinreichende Vorteile zu verschaffen). Mit bestimmten Zwischenschritten (also auch einer bestimmten Variationsschrittweite) konnten sich die modernen Organisationsformen als *gute Fortsetzungen* aber dennoch bilden. Dadurch, daß sich Gilden, Zünfte oder das Verlagssystem gebildet haben, wurde, so könnte man es als These formulieren, auch die allgemeine Arbeits- und Geschäftsmoral beeinflusst, da mit diesen Institutionen auch neue Gefordertheiten entstanden sind. Auf diesen Gefordertheiten aufbauend, konnten sich wiederum moderne Unternehmensformen bilden und im Wettbewerb behaupten.

Wenn man in diesem Sinne auch eine Idee darüber entwickeln kann, wie gerichtete und korrelierte Variationen entstehen, die - wie diskutiert wurde - offensichtlich auch wichtig für die Evolution und den Wettbewerb sind, so kann man dennoch nicht sicher davon sprechen, daß dadurch auch in jedem Fall „der höchste Gipfel im Fitneßgebirge“ erreicht wird. Gute Gestalten, die als Gleichgewichte die Variationsschrittweite (mit) bestimmen, können aufgrund der Umweltbedingungen oder der Wettbewerbsgeschichte u. U. auch „Abstürze im gesellschaftlichen Fitneßgebirge“ auslösen. Die Entwicklung des Kapitalismus mit seinen modernen Unternehmensformen ging z. B. auch damit einher, daß sich neuartige Arbeitsbeziehungen herausbildeten, die mit einer sozialen Regel - der Eigentumsregel vieler Gesellschaften - in Konflikt geriet, nach der jedermann einen Anspruch auf das von ihm Erarbeitete hat. Es können durch solche Entwicklungen Unprägnanzen entstehen, die z. B. zu Formulierungen wie „Eigentum ist Diebstahl“ führen. Werden diese Unprägnanzen derart stark, daß keine Nivellierungs- und Akzentuierungsprozesse beide Institutionen bzw. Regeln in eine prägnante Übereinstimmung bringen, kann der dadurch ausgelöste Prozeß ein neues Gleichgewicht von (z. T. neuen, wenn auch stets prägnanten) Regeln bedingen, das man als einen *gestalt switch* auf der allgemeinen Ebene ansehen kann, was dann u. U. zu einem extrem großen Variationsschritt und zu völlig neuen „Schranken“ und Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens führen kann, wodurch sicherlich nicht notwendigerweise eine für alle gemeinsam bessere Situation erreicht werden muß. Auch wenn die gerichteten Variationen, die sich aus unmittelbaren Gestaltzusammenhängen und der Wettbewerbsgeschichte ergeben, nicht notwendigerweise zu den besten denkbaren sozialen Regeln führen müssen, eröffnet sich doch eine Perspektive, die zumindest etwas optimistischer stimmt als die typisch ökonomische Sichtweise, die dem strengen methodologischen Individualismus verhaftet ist und dergemäß überhaupt kein Weg aus dem „Tal des gesellschaftlichen Fitneßgebirges“ auf einen Höhenzug begehbar scheint.

8. Wirtschaftspolitische Implikationen

In der zuvor skizzierten Sichtweise über Wettbewerb und Ordnung ergibt sich eine spontane Ordnung auf der Ebene des Gefüges an sozialen Regeln, die weder ausgesprochen „gut“ noch ausgesprochen „schlecht“ aus gesellschaftlicher Sicht erscheint. Das gegebene Regelsystem einer Gesellschaft wird zwar eine gewisse Vorteilhaftigkeit gegenüber einem Referenzpunkt der Anarchie haben, aber es wird i. d. R. auch nicht das beste *denkbare* Institutionen- und Regelgeflecht spontan entstehen.

Welche wirtschaftspolitischen Implikationen hat diese Sichtweise? Ohne die Relevanz des ordnungspolitischen Denkens (im Sinne EUCKENS) prinzipiell zu hinterfragen, zeigen sich doch einige Probleme der Idee, Institutio-

nen und soziale Regeln nur als parametrisch variierbare Größen anzusehen. Die Wirksamkeit der (auch durch die Wirtschaftspolitik beeinflussten) Rahmenordnung hängt sehr stark von der spontanen Akzeptanz der Regeln durch die Gesellschaftsmitglieder ab. Eigentumsrechte sind z. B. wichtig, ihre Vorteile können aber aufgezehrt werden, wenn sich die Individuen nicht im großen und ganzen spontan an die entsprechenden Regeln halten, sondern die Respektierung von Eigentumsrechten durch scharfe Überwachung und Sanktionen gesichert werden muß. Die sozialen Regeln, und damit auch ihre Akzeptanz, entstehen vielfach aus den ökonomischen Prozessen selbst, wobei die Wirtschaftspolitik allerdings keinen zu unterschätzenden Anteil hat. Der moralische Charakter vieler sozialer Regeln bedeutet deshalb auch nicht, daß die Wirtschaftspolitik etwa irrelevant wäre. Ganz im Gegenteil kann argumentiert werden, daß der Wirtschaftspolitik in diesem Zusammenhang sogar eine sehr wichtige Funktion zukommt. Dabei sind neben direkten wirtschaftspolitischen Effekten zusätzlich indirekte Effekte der Maßnahmen auf die Einstellungen, Präferenzen und Verhaltensweisen der Individuen zu beachten.

Das institutionelle Gefüge geht - wie argumentiert wurde - mit Verhaltenswirkungen einher, d. h., der *Kontext* bestimmt (jenseits von einfachen Anreizwirkungen) ganz entscheidend, welche Handlungen z. B. als gerecht oder ungerecht angesehen werden, was wiederum starken Einfluß darauf hat, wie sich Individuen verhalten (vgl. dazu auch die experimentellen Erkenntnisse von FREY und BOHNET (1994)). Dies kann so gedeutet werden, daß soziale Regeln über Gestaltzusammenhänge in systematischer Weise die Einstellungen und Präferenzen von Individuen beeinflussen. Der „geeignete“ Kontext kann nun zwar nicht einfach wirtschaftspolitisch gesetzt werden - Moral kann man nicht anordnen -, aber wirtschaftspolitische Maßnahmen können bestimmte Sichtweisen, Einstellungen und Verhaltensweisen festigen bzw. schwächen. Steuergesetze haben z. B. Auswirkungen auf die Steuermoral und über die Interdependenz verschiedener sozialer Regeln damit u. U. auch auf andere ökonomische Bereiche (vgl. SCHLICHT, 1984). Wettbewerbsregeln oder industriepolitische Maßnahmen können neben ihren unmittelbaren Auswirkungen bestimmte Sichtweisen über „richtigen“ und „falschen“ Wettbewerb beeinflussen. KÖRNER (1994, S. 25) weist auf ähnliche Phänomene hin, wenn politisches Handeln *Gerechtigkeitslücken* aufreißt. Ob Maßnahmen als gerecht oder ungerecht, richtig oder falsch empfunden werden, hängt vom jeweiligen, durch die Politik beeinflussten Kontext ab. Empfundene Ungerechtigkeiten können neben aktueller Verärgerung und Verdrossenheit weitere nachhaltige Wirkungen haben, wenn sie Einstellungen zu Wettbewerb oder die Akzeptanz anderer „nützlicher“ sozialer Regeln tangieren. Berücksichtigt man die indirekten Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen, so zeigt sich, daß auch eine Reihe von politischen Maßnahmen, die der Ablaufpolitik zugeordnet werden, Einfluß auf die gesellschaftliche Rahmenordnung haben können.

Die spezielle Rolle der Wirtschaftspolitik für den sozioökonomischen Kontext wird u. a. von ETZIONI (1994) und von MATZNER (1994) betont. Bei ETZIONI's Argumenten tritt wiederum das Problem auf, daß der zur Genese spontaner Ordnungen und Moral unterstellte *Mechanismus* nicht deutlich genug herausgestellt wird. MATZNER, der das „einfache“ Ziel-Mittel-Denken der Wirtschaftspolitik kritisiert, führt aus:

„Individuen entscheiden und handeln in sozialen Situationen, in die sie eingebettet sind. Ihre Handlungen/Unterlassungen erfolgen nicht beliebig, sondern folgen in einem gewissen Sinn zumindest einer bestimmten, aus der jeweiligen Situation erwachsenden Logik. Die Summe der Handlungen/Unterlassungen ergeben das, was soziale und ökonomische Entwicklung genannt wird. Will man diese beeinflussen, dann ist zuerst der sozioökonomische Kontext zu beeinflussen.“ (MATZNER 1994, S. 3)

Diese Einschätzung geht konform mit dem gestalttheoretisch untermauerten Wettbewerbsbild. Ein bestimmter Kontext (Regel, Institution) *induziert* via des Gefordertheitsaspekts bestimmte Verhaltensweisen. MATZNER (1994, S. 4) spricht folgerichtig von *situativer Logik*, die das Verhalten beeinflusst. Neben den unmittelbaren Gefordertheiten aus der Struktur einer Situation heraus beeinflussen auch wirtschaftspolitische Maßnahmen die bestimmten Situationen unterlegten Regeln. Damit hat die Wirtschaftspolitik auch einen indirekten Einfluß auf die Richtung, die Kopplung und die „Schrittweite“ von Regeländerungen. In diesem Sinne eröffnen sich wirtschaftspolitische Möglichkeiten, „gute“ Ordnungen zumindest zu festigen.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für Probleme einer Wettbewerbs-sicht von Individuen, die nicht mit „nützlichen“ Einstellungen z. B. bezüglich eines fairen Wettbewerbs einhergeht, zeigt die Umstrukturierung vieler zuvor zentralverwalteter Ökonomien in Osteuropa. Wenn ein Verständnis von Wettbewerb entsteht, bei dem Wettbewerb als ein Kampf „jeder gegen jeden“ mit allen Mitteln gesehen wird, kann in einem solchen Kontext die „unsichtbare Hand“ nicht wirken. Über veränderte Regeln, die sich aus der Struktur des neuen Zusammenlebens spontan einstellen, kann sich zwar u. U. auf Dauer ein etwas vorteilhafteres Regelgefüge einstellen, aber bei den aktuellen Problemen ist die Wirtschaftspolitik ganz entschieden gefordert, einen Beitrag zu einer positiven Kontextschaffung im MATZNER'schen Sinne zu leisten.

Zusammenfassung

Kann eine für die gesamte Gesellschaft „gute“ Ordnung entstehen, wenn sich die Individuen der Gesellschaft eigennützig verhalten? Viele ökonomische Argumentationen beruhen auf der Vorstellung einer „unsichtbaren Hand“, wonach der Wettbewerb eine solche „gute“ Ordnung induziert. Dieses Ergebnis kann jedoch nur dann abgeleitet werden, wenn bereits eine bestimmte Ordnung des Wettbewerbs vorausgesetzt wird. Im traditionellen ökonomischen Ansatz kann diese Wettbewerbsordnung allerdings nicht ohne weiteres selbst auf Wettbewerbsprozesse zurückgeführt werden. Gestalttheoretische Überlegungen können- so soll gezeigt

werden - zu einer neuen Sichtweise bezüglich des Zusammenhangs von Wettbewerb und Ordnung führen. Diese Sichtweise hat auch Konsequenzen für wirtschaftspolitische Fragen.

Summary

Is there any chance for the development of a „good“ order for an entire society, if individuals behave selfishly? Many economic arguments are based on the idea of an „invisible hand“, which implies that competition induces such a „good“ order. However, this result can only be derived, if a certain order of competition is already presupposed. In the traditional economic approach this competition order cannot automatically be put down to competition processes though. Gestalttheoretical reflections can - this is intended to be shown - lead to a new view regarding the interrelation between competition and order.

Literatur

- AHRNS, H.-J. und H.-D. FESER (1987). *Wirtschaftspolitik: Problemorientierte Einführung*, 5. Auflage, München und Wien: Oldenbourg.
- BECKER, G. (1982). *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- BOWLES, S. (1991). *What Markets Can - and Cannot - Do*. In *Challenge* (July - August), S. 11 - 17.
- DEMSETZ, H. (1988). *Ownership, Control, and the Firm, The Organization of Economic Activity*, Vol. I, Cambridge (Mass.)/Oxford: Blackwell.
- EDEN, M. (1967). Inadequacies of Neo-Darwinian Evolution as a Scientific Theory. In P. MOORHEAD, M. KAPLAN (Eds.), *Mathematical Challenges to the Neodarwinian Interpretation of Evolution* (pp. 5-19), Symposium Monograph 5. Philadelphia: Wistar.
- ENGELS, F. (1847). Grundsätze des Kommunismus. In Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, *Marx und Engels Werke*, Bd. 4, S.361-380, Berlin: Dietz, 1969.
- ETZIONI, A. (1994). *Jenseits des Egoismus-Prinzips*. Stuttgart: Schäffer und Poeschel.
- EUCKEN, W. (1959). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Hamburg: Rowohlt.
- FREY, B., I. BOHNET (1994). Institutions Affect Fairness: Experimental Investigations, erscheint 1995 in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*.
- HAYEK, F. A. V. (1969). *Freiburger Studien*. Tübingen: Mohr.
- KÖHLER, W. (1971). *Die Aufgabe der Gestaltpsychologie*. Berlin/New York: de Gruyter.
- KÖRNER, H. (1994). Der langsame Abschied vom Interventionsstaat: Von der zentralen Steuerung zur strategischen Wirtschaftspolitik. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 39, 9 - 29.
- KUBON-GILKE, G. & SCHLICHT, E. (1993). Gefordertheit und institutionelle Analyse am Beispiel des Eigentums. *Gestalt Theory*, 15 (3/4), 257 - 273.
- KUBON-GILKE, G. (1993). Evolution und Gestalt in der ökonomischen Analyse. *Gestalt Theory*, 15(1), 3 - 36.

- KUBON-GILKE, G. (1995). *Verhaltensbindung und Institutionen*, in Vorbereitung, Darmstadt.
- LUCKENBACH, H. (1994). *Grundlagen der Volkswirtschaftslehre*. München: Vahlen.
- MANDEVILLE, B. (1980). *Die Bienenfabel*, erste englische Kurzversion: 1706, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- MARSHALL, A. (1927). *Industry and Trade*. London: Macmillan.
- MATZNER, E. (1994). *Der sozioökonomische Kontext - Argumente für eine neue wirtschaftspolitische Denkform*. Manuskript, TU Wien und Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- MCKENZIE, R. und G. TULLOCK (1984). *Homo Oeconomicus: Ökonomische Dimensionen des Alltags*. Frankfurt und New York: Campus.
- METZGER, W. (1963). *Psychologie*, 3. unveränderte Auflage. Darmstadt: Dr. Dietrich Steinkopff.
- MUTH, R. (1969). *Cities and Housing: The Spatial Pattern of Urban Residential Land Use*. Chicago und London: Chicago University Press.
- RASMUSEN, E. (1989). *Games and Information*. Oxford und Cambridge: Blackwell.
- SAMUELSON, P. (1983). Thünen at Two Hundred. *Journal of Economic Literature*, 21, 1468-1488.
- SCHLICHT, E. (1984). The Shadow Economy and Morals: A Note. In W. GÄRTNER, A. WENIG (Eds.), *The Economics of the Shadow Economy* (pp. 265-271). Heidelberg u. a.: Springer.
- SCHLICHT, E. (1993). On Custom. *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 149(1), 178 - 203.
- SCHUMPETER, J. A. (1976). *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York u. a.: Harper & Row.
- SMITH, A. (1923). *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes*. Jena.
- VANBERG, V. (1994). *Rules and Choice in Economics*. London/New York: Routledge.
- VARIAN, H. (1984). *Microeconomic Analysis*, Second Edition, New York und London: Norton & Company.
- VAUGHN, K. (1987). Invisible Hand. In J. EATWELL, M. MILGATE & P. NEWMAN (Eds.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Vol. 2 (pp. 997-999). London und Basingstoke: Macmillan.
- WAGNER, G. (1986). Evolution der Evolutionsfähigkeit. In A. DRESS, H. HENDRICH, G. KÜPPERS (Hrsg.), *Selbstorganisation - Die Entstehung von Ordnung in Natur und Gesellschaft* (S. 121-147). München/Zürich: Piper.
- WERTHEIMER, M. (1991). *Zur Gestaltpsychologie menschlicher Werte. Aufsätze 1934 - 1940*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- WITT, U. (1994). Wirtschaft und Evolution: Einige neuere theoretische Entwicklungen. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 10.

Anschriften der Verfasser:

Dr. Gisela Kubon-Gilke
Institut für Volkswirtschaftslehre, Fachgeb. Wirtschaftstheorie
Technische Hochschule Darmstadt
Residenzschloß
64283 Darmstadt

Dipl.-Wirtsch.-Inf. Frank Weiler
Institut für Volkswirtschaftslehre, Fachgeb. Wirtschaftspolitik
Technische Hochschule Darmstadt
Residenzschloß
64283 Darmstadt